

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 26 (2006)
Heft: 51

Artikel: Das Recht auf einen Ort : von der Antiquiertheit des Integrationsbegriffs
Autor: Terkessidis, Mark
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652407>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Recht auf einen Ort

Von der Antiquiertheit des Integrationsbegriffs

Peter G. hat seit fünf Jahren ein Haus in Torrevieja an der spanischen Costa Blanca. Es befindet sich inmitten einer Siedlung, in der alle Häuser gleich aussehen. Diese Siedlung ist angelegt wie ein Dorf, der einzige Zugang geht zur Hauptstrasse, bewacht von einer Sicherheitsfirma. Peter G. ist ein agiler Frührentner und hat sich hier zur Ruhe gesetzt. Sein Sozialleben verbringt er vorwiegend mit Deutschen, Schweizern und einigen Skandinaviern. Mit den Spaniern hat er wenig Kontakt, vom Alltagsleben kriegt er nur wenig mit, die nationale Politik interessiert ihn wenig. Er spricht kein Spanisch. Dass die Kommune für die infrastrukturelle Anbindung seiner Siedlungsanlage mehr Geld ausgeben muss als sie an Steuern einnimmt, weiß er nicht. Wie seine Nachbarn aus Deutschland fliegt er oft nach Hause. Seitdem ein „Billigflieger“ die Strecke Düsseldorf – Alicante abdeckt, sogar noch öfter. Manchmal weiß Peter G. gar nicht, wo er eigentlich zuhause ist. Tatsächlich liegt sein Haus in Torrevieja gar nicht in der Nachbarschaft von Alicante, sondern viel näher an Düsseldorf. In Spanien fühlt sich Peter G. dennoch völlig „integriert“.

Ahmed B. hat ebenfalls ein Haus – allerdings bei Nador, in Marokko. Er kam vor 30 Jahren nach Deutschland, als sogenannter Gastarbeiter. Selbstverständlich blieb er länger. Er gab den Traum einer Rückkehr aber nicht auf und baute sich „Zuhause“ ein Haus. Nun fahren er und seine Familie im Juli hinüber nach Marokko. Sie bleiben dort sechs Wochen. Dort sehen sie die marokkanischen Familienmitglieder, aber viel Zeit verbringen sie auch mit den anderen „Deutschen“, also den anderen Auswanderern. Mit dem Alltag in Marokko hat Ahmed B. nicht wirklich viel zu tun. Ahmed B. ist freilich kein Deutscher. Kürzlich wollte er die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen, aber das war zu schwierig. Er musste nachweisen, dass er fünf Jahre Rentenbeiträge bezahlt hat, dass er sich und seine Familie ernähren kann, dass er ausreichend Wohnraum zur Verfügung hat und dass er nicht straffällig geworden war. Schließlich sollte es auch noch eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz geben. Aber Ahmed B. ist arbeitslos – das reichte als Grund für die Ablehnung. Zwar verbringt er mehr Zeit mit Leuten marokkanischer Herkunft als mit Einheimischen, aber die Diskussion über „Parallelgesellschaft“ hat er satt. 30 Jahre lebe ich hier, 30 Jahre habe ich Beiträge in alle Kassen einbezahlt. Aber wählen darf ich nicht. Wie soll ich mich „integrieren“?

Was heißt eigentlich „Integration“? Integration ist derzeit ein Begriff, der kaum noch hinterfragt wird. Wer heutzutage Kritik am Konzept der Integration äußert, der wird gnadenlos als „Multikulti“-Träumer diskreditiert.

Nun weisen die beiden beschriebenen Lebensentwürfe eine erstaunliche transnationale Mobilität auf, eine Mobilität, die für den Prozess, den man landläufig Globalisierung nennt, durchaus charakteristisch sind. Doch wie verträgt sich diese aktuelle Beweglichkeit mit dem Begriff der Integration, der eigentlich aus den 1970er Jahren stammt? Damals wurde die Bezeichnung nicht nur auf die Migration bezogen verwendet, sondern galt als Allheilmittel gegen Marginalisierung. Gruppen am Rande der Gesellschaft sollten eingegliedert werden in das Gesamtsystem. Ausgegangen wurde von einem Abstand, einer „Unterentwicklung“, die durch geeignete materielle Hilfs- und Ausgleichsmaßnahmen überwunden oder zumindest verringert werden sollte. Das sozialtechnische Ziel war die Erhaltung des sozialen Friedens.

Die damalige Integrationsidee hatte zwei Voraussetzungen. Zum einen: Zugewanderte Menschen wurde in mehrfacher Hinsicht als sesshaft betrachtet. Sie galten ganz selbstverständlich als Repräsentanten einer bestimmten Gruppe. Es sollte national etwas getan werden für „die Arbeiter“, „die Türken“, „die Jugendlichen“ etc. Zwar gab es auch zu jener Zeit schon Tourismus und Migration, aber die Mobilität der Einzelnen wurde kaum als relevanter gesellschaftlicher Faktor begriffen. Dass Menschen für sich einen neuen Horizont aufspannen und ihr Glücksversprechen an einem anderen Ort einlösen wollen, dass örtliche Mobilität auch soziale Mobilität bedeuten kann, das hatte man im politischen Europa dieser Jahre noch nicht auf der Agenda. Die andere Voraussetzung des Integrationskonzeptes war der in die Wirtschaft intervenierende Staat. Aber auch diese Prämisse kam bereits zu jener Zeit ins Wanken. Seit den mittleren 1970er Jahren konstatiert man eine zunehmende Hinwendung zum Credo des Neoliberalismus. Das lautet: Der Staat solle sich aus der Wirtschaft zurückziehen, denn dessen Aufgabe sei nicht die Wohlfahrt der Allgemeinheit; das soziale Umverteilen müsse aufhören. Wie aber soll Integration ohne diese Voraussetzungen funktionieren?

Das Ökonomische als zentrales Moment der systemischen „Eingliederung“ in die Gesellschaft spielt in der heutigen Debatte kaum eine Rolle. In Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsstärksten deutschen Bundesland, ist für sogenannte Ausländer das Risiko, arbeitslos zu werden, in den letzten 15 Jahren dramatisch gestiegen – es ist nun etwa dreimal so hoch wie für einen Einheimischen. Als einzige Korrekturmaßnahme für dieses Problem erscheint in diesen Tagen die Bildungspolitik. Das ist im Sinne des Neoliberalismus durchaus konsequent: Für eine entfesselte Konkurrenz sollen zumindest alle Personen gleich ausgerüstet sein: Chancengleichheit. Seit dem ersten „PISA“-Schock haben nun eine ganze Reihe von Untersuchungen gezeigt, dass das Schulsystem in der Bundesrepublik erstaunlich selektiv ist – die Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund ist so massiv wie in kaum einem anderen Einwanderungsland. Tatsächlich haben andere Einwanderungsländer Schulreformen hinter sich, welche die

reale Vielfalt der Hintergründe, Eintrittsbedingungen und Voraussetzungen von Kindern im alltäglichen Funktionieren der Institution berücksichtigt.

In Deutschland jedoch wird auf die Probleme des Schulsystems gemeinhin anders reagiert. Zunächst wird das schlechte Abschneiden den Migranten selbst angelastet. Franz Hamburger schreibt, dass es eine nicht-öffentliche, ethnozentristische Auslegung von PISA gebe: „Die weit verbreitete Überlegung, wie ‚Deutschland‘ abschneiden würde, wenn die Kinder mit Migrationshintergrund ‚herausgerechnet‘ würden, ist ein zentrales Deutungsmuster“.¹ In diese Kerbe schlug auch FAZ-Kommentator Jürgen Kaube, der nach der PISA 2005 meinte, es ginge darum, „sich der Tatsache zu stellen, dass Türken in Deutschland als größte Problemgruppe im Durchschnitt weniger bildungsfreundlich erzogen werden“.²

Solche Abwehr gegenüber dem Nachweis, dass das Schulsystem diskriminierend wirkt, bedingt auch das weitere Vorgehen. Die meisten Bundesländer verfahren nach dem Prinzip: Nicht die Schule wird reformiert, sondern die Migranten. Nun weiß man aus der pädagogischen Forschung, dass es keineswegs „integrativ“ wirkt, wenn man bei Personen Defizite diagnostiziert und sie dann in Sonderklassen verfrachtet, um das Defizit bis zum Schulstart auszugleichen. Alle Erfahrungen aus benachbarten Einwanderungsländern zeigen, dass der Spracherwerb in den ersten Schuljahren konsequent in den Regelunterricht eingebaut werden sollte. Doch in Deutschland verfährt man weiter nach dem Prinzip „Aktion Sor-genkind“.

Zudem gelten die „Defizite“ der Migrantenkinder gewöhnlich als Produkt eines kulturellen Unterschieds. Bereits in den 1970er Jahren bezeichneten deutsche Forscher die türkische Familie als „dysfunktional“ – das angeblich dort herrschende patriarchale Prinzip sei ungeeignet für das Leben im Einwanderungsland. Seit dem Jahrtausendwechsel haben solche Auffassungen eine Renaissance erlebt. Unterdessen gilt der Islam als Hindernis für die Integration. „Kronzeuginnen“ mit Migrationshintergrund wie Necla Kelek bezeichnen den Islam als „Kulturmuster“, welches „das Handeln der muslimischen Migranten in Deutschland bis in den letzten Winkel ihres Alltags“ formt. So werde ein Wertesystem begründet, das „mit den Werten und Normen der deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht viel gemein“ habe.³ Es erscheint dann logisch, dass der Bildungsmisserfolg kein Ergebnis von Diskriminierung ist – verantwortlich ist eben das rückständige „Kulturmuster“.

Angesichts solcher Interpretationen wundert es dann nicht, dass Integration vom ehemaligen deutschen Innenminister Otto Schily schlicht als Assimilation begriffen wurde. Tatsächlich aber versteht jeder etwas anderes unter Integration – „respektvolles Miteinander und eine gleichberechtigte Teilhabe“, heißt es auf der Homepage des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge; das „Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen“ auf der Grundlage einer von der Verfassung gestifteten „gemeinsamen Leitkultur“,

sagt NRW-Integrationsminister Armin Laschet. In einer Handreichung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Kommunen zum Thema Integrationsarbeit aus dem Jahre 2004 wird die Integration als „Prozess“ beschrieben und festgestellt: „Das Ergebnis des Prozesses ist nicht klar“.

Ein genauer Blick auf die Formulierungen in den zahlreichen Integrationspapieren zeigt, dass sich hartnäckig eine Vorstellung hält, nach der die Verfassung so etwas ist wie „unsere Werteordnung“ (Laschet), in die sich die Einwanderer einzugliedern haben. Und zwar individuell. Wann die Integration abgeschlossen ist, das bestimmt der Staat bzw. die einheimische Gesellschaft im Grunde je nach Gusto. Ein Beispiel wäre die Debatte über den Einbürgerungstest. Die Voraussetzungen für eine Einbürgerung wurden eingangs erwähnt – sie sind erheblich. Dennoch gibt es in zunehmendem Maße Personen, welche die Ansprüche erfüllen können. Die beabsichtigte Einführung von Wissenstest zur Einbürgerung hat offenbar keinen anderen Nutzen, als den Migranten das Gefühl zu geben, dass „Integration“ unmöglich ist – denn selbst wenn sie die Hürden nehmen können, werden sie dann höher gelegt.

Als Konzept ist Integration überholt. Erstens sind die Prämissen des Konzeptes Geschichte. Wirtschaft und Politik stellen heute nicht mehr die notwendigen Mittel zur Verfügung, damit „Integration“ stattfinden könnte. Zweitens sind Inhalt und Kriterien von Integration völlig ungeklärt. Drittens transportiert der Begriff bereits von Beginn an die implizite Vorstellung eines (kulturellen) Entwicklungsgefälles zwischen „uns“ und „ihnen“ – und damit eine zweifelhafte und diskriminierende Normvorstellung. Viertens ist der Begriff widersprüchlich. Obwohl es sich bei der „Integration“ eigentlich um eine „systemische“ Aufgabe der Gesellschaft handelt, wird sie mittlerweile implizit als individuelle Anpassungsleistung verstanden – und der mangelnde „Integrationserfolg“ als selbstverschuldete moralische Verfehlung.

Im Falle der Einwanderer steht nun der Erwerb von grundlegenden Bürgerrechten am Ende des sogenannten Integrationsprozesses. Nur wer „integriert“ ist, erhält die Staatsangehörigkeit und darf mitbestimmen. In den Vereinigten Staaten wird dieser Vorgang mittlerweile sogar in die andere Richtung forciert: Wer „desintegriert“, dem werden Rechte aberkannt. Eine Verurteilung wegen einer schweren Straftat führt zum vorübergehenden oder dauerhaften Entzug des Wahlrechts. Man könnte daher fast vermuten, dass die allgegenwärtige Beschwörung von Integration nicht zu weniger, sondern zu mehr sozialer Ausgrenzung beiträgt.

Dabei ist es schwierig geworden, sich jenes Gebilde vorzustellen, in das eine Person sich „integrieren“ soll. Traditionell war das der Nationalstaat. Aber wenn man nun noch einmal über die eingangs beschriebenen biographischen Beispiele nachdenkt, dann sprechen diese von einer anderen Realität. Immer mehr Menschen leben an mehreren Orten zugleich und an

diesen Orten sind sie jeweils keine „vollen“ Subjekte mehr. Migranten haben ihren Lebensmittelpunkt an einem Ort, an dem sie oftmals keine kompletten Bürgerrechte genießen, während die Orte, an denen sie politische Subjekte sind, von ihnen nur vorübergehend bewohnt werden. Familien bilden längst Netzwerke über Landesgrenzen hinweg. Tourismus wiederum ist längst keine Angelegenheit von einigen Wochen im Jahr, sondern der Erwerb von Wohneigentum in anderen Ländern ist heute bei jedem Immobilienmakler möglich. Die Nähe- und Ferne-Verhältnisse haben sich dabei verändert. Vermögende Viertel in bestimmten Städten sind völlig abgekoppelt vom Leben einer Stadt, aber pflegen einen regen Austausch mit bestimmten Regionen außerhalb des urbanen Gefüges. Räumliche Mobilität wird weithin als ein Mittel verstanden, die eigene soziale Position zu verbessern. Die klassische Polis ist längst auseinandergefallen – angesichts der beschriebenen Verhältnisse wird es schon fraglich, ob der herkömmliche Begriff „Gesellschaft“ überhaupt noch eine Bedeutung hat.⁴

Die Ausgangsfrage ist daher nicht mehr die der „Eingliederung“, sondern jene der Partizipation. Der Zugang zu bestimmten Rechten darf nicht am Ende eines nebulösen Integrationsprozesses stehen. Je mobiler das Leben sich gestaltet, desto mehr Personen werden zu „Benutzern“ des Gemeinwesens: Sie pendeln oder haben längere Phasen von Abwesenheit. Ihr Interesse gilt weniger der Teilnahme am „integralen“ Leben der Gemeinde, sondern eher der Aufrechterhaltung einer für sie günstigen Infrastruktur. Das gilt für polnische Saisonarbeiter ebenso wie für „Expatriates“ im globalen Unternehmen – ihr Bezugspunkt ist der „Standort“. Wenn Partizipation das Ziel wäre, dann muss allen diesen Menschen ein niedrigschwelliges Angebot gemacht werden. Das betrifft zunächst die Regelung des Aufenthaltes. Diese sollte in der Kommune für sämtliche Personen unproblematisch sein, die sich dort aufhalten – seien sie nun legal oder illegal eingereist. An das leicht zu erwerbende Aufenthaltstatut sollten wiederum bestimmte Rechte gekoppelt sein, die keine permanente Anwesenheit nötig machen. In einigen Kommunen gibt es öffentlich tagende „lokale Räte“, die auch für den Nahbereich relevante Beschlüsse fassen dürfen. Prinzipiell kann sich jeder beteiligen. Solche Formen der Einbeziehung machen Mehrfachbindungen möglich und schaffen Formen der Eingliederung, die ohne die Vorstellung von „Integrationsnormen“ auskommen.

Von einem gesicherten Aufenthalt ausgehend kann man dann die Reform der Schule in Angriff nehmen – einer Schule, die unterschiedliche Eingangsvoraussetzungen selbstverständlich berücksichtigt. Durch solche Maßnahmen wird noch niemand einen Arbeitsplatz bekommen. Doch zumindest können die Personen die Vorgänge in ihrer direkten Umwelt politisch beeinflussen und ihre Kinder erhalten das geeignete Rüstzeug. Heutzutage wird Prekarität längst nicht mehr nur über Arbeit vermittelt,

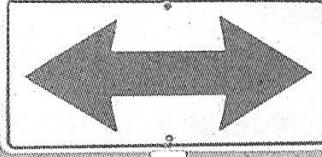
sondern auch über die Möglichkeiten zum Aufenthalt und der Gestaltung des Lebensumfeldes. Diese Art der Teilhabe könnte man das „Recht auf einen Ort“ nennen.

Anmerkungen

- 1 Franz Hamburger: Der Kampf um Bildung und Erfolg. In: Hamburger, F., T. Badawia und M. Hummrich (Hg.): *Migration und Bildung*, Wiesbaden 2005.
- 2 Jürgen Kaube: Das Migrationsdesaster. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.05.2005.
- 3 Necla Kelek: *Die fremde Braut*, Köln 2005, S. 235.
- 4 Vgl. Tom Holert / Mark Terkessidis: *Fliehkraft. Gesellschaft in Bewegung – von Migranten und Touristen*, Köln, 2006, S. 261 ff.

Wo Menschen Wissenschaft nützlich machen wollen.
Wo Wissenschaft sich auf sich selber anwendet.
Wo sie Verschwiegenes benennt, Handlungsmöglichkeiten diskutiert.
Wo sie nützlich wird, kritisiert, eingreift –
– da ist **FORUM WISSENSCHAFT**. Das kritische Wissenschaftsmagazin.

Jedes Vierteljahr. Immer politisch. Immer mit einem aktuellen Themenschwerpunkt. Aktuelle Ausgabe: **Daseins-„Vorsorge“ – Hintergründe zu einem EU-Richtlinienentwurf** (4/2006, Dezember). Außerdem: Beiträge zum NRW-„Hochschulfreiheitsgesetz“, zum Klimaschutz in einer Nach-Öl-Ära, zu gesellschaftlicher Planung, zur „Unterschichten“-Debatte u.a.
Immer kompetent. Immer mit anspruchsvoller Illustration.



FORUM
Wissenschaft

FORUM WISSENSCHAFT. Bewegt.
Vierteljährlich · Einzelheft 7,- € · Jahresabo 26,- € · www.bdwi.de/forum · forum@bdwi.de
Hg. vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) · www.bdwi.de